

MISSION IMPOSSIBLE



Eine sichere
Endlagerung gibt
es nicht

Was ist Atommüll? Atomkraftwerke produzieren Atommüll. Radioaktive Abfälle entstehen aber auch schon beim Uranbergbau, bei der Urananreicherung, bei der Herstellung von Brennelementen und an vielen anderen Stationen des sogenannten nuklearen „Brennstoffkreislaufs“ – der, weil er sich nicht schließt, in Wahrheit kein Kreislauf ist.

Warum ist dieser Müll so gefährlich? Radioaktive Strahlung verändert das Erbgut und kann bereits in geringsten Dosen Krebs erzeugen. Viele radioaktive Stoffe wie Plutonium sind zudem chemisch giftig. Die Strahlung klingt oft erst nach langer Zeit ab. Plutonium-239, das beim AKW-Betrieb entsteht, ist erst nach rund 24.000 Jahren zur Hälfte zerfallen. Atommüll muss also für mehrere hunderttausend Jahre von Mensch und Umwelt abgeschirmt werden.

Wie viel gibt es davon? Ende 2010 waren in Deutschland rund 6.500 Tonnen hochradioaktiver Müll aus abgebrannten AKW-Brennstäben und 140.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktive Abfälle angefallen. Bis alle AKWs abgeschaltet sind, werden es sogar 11.000 Tonnen hochradioaktiver Abfall sein. Fast 95 Prozent des gesamten Atommülls stammen aus dem AKW-Betrieb und der Atomforschung. Den Rest steuern Industrie und Medizin bei.

Dazurechnen muss man ca. zwei Millionen Liter hochradioaktive Atomsuppe. Große Mengen radioaktiver Abwässer und Abgase haben die AKW-Betreiber zudem durch Schornsteine in die Luft geblasen oder durch Rohre in die Flüsse geleitet. Schließlich sind auch die stillgelegten AKW selbst zu großen Teilen Atommüll.

■ Wie das AKW zur Wiese wird

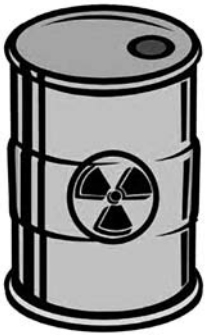
Bevor die radioaktive Hinterlassenschaft eines stillgelegten Atomkraftwerks endgelagert werden kann, muss das AKW auseinandermontiert und zerlegt werden. Dieser Vorgang ist ungeheuer aufwendig und teuer; zudem ist der Umgang mit dem zerlegten Schrott nicht ungefährlich, wie der Unfall in einem stillgelegten Atomkraftwerk im französischen Marcoule

Anfang September 2011 bewies. Dort kam es in einem Ofen, in dem schwachradioaktive Abfälle verbrannt wurden, zu einer Explosion, bei der ein Arbeiter starb. Radioaktivität soll dabei nicht freigesetzt worden sein, die ersten offiziellen Reaktionen zeigten aber, dass mit einem solchen Szenario durchaus gerechnet wurde.

Das AKW Würgassen an der Weser wird seit 1997 rückgebaut; zeitweise über 500 Arbeiter zerlegten Betonhülle, Kühlwasserleitungen und Generatoren, insgesamt 290.000 Kubikmeter Material, das schwach bis mittelmäßig kontaminiert ist, sowie 40.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll. Die Brennelemente wanderten in die Wiederaufbereitungsanlage La Hague. Sieben Jahre waren für den Rückbau dieser relativ kleinen Atomanlage geplant, doch gewerkelt wird immer noch. Nun soll es bis ins Jahr 2014 dauern, bis der Abbauplatz wieder zur Wiese geworden ist. Am Ende wird der Rückbau also 18 Jahre und mindestens eine Milliarde Euro kosten. Zum Vergleich: Der Bau dauerte vier Jahre, gekostet hat er seinerzeit 200 Millionen Euro.

■ Gewinne aus Rückstellungen

Um die enormen Kosten für den AKW-Abriss und die Entsorgung des Atommülls zu stemmen, sind die Betreiber verpflichtet, Rückstellungen zu bilden. Im Prinzip eine vernünftige Angelegenheit – sofern es der Atomwirtschaft nicht dereinst gelungen wäre, diese Vorschrift komplett zu ihrem Vorteil zu gestalten. Zum einen mindern die Rückstellungen in der Ansparphase den zu versteuernden Gewinn; versteuert werden die erzielten Gewinne erst Jahrzehnte später, wenn die Rückstellung aufgelöst und für den AKW-Abriss ausgegeben werden – sofern das Unternehmen dann überhaupt Gewinne macht. Bis dahin können die Atomkonzerne mit diesem Geld anstellen, was sie wollen. Es ist keineswegs so – wie beispielsweise in der Schweiz oder in Schweden – dass das Geld in einen öffentlichen Fonds wandert. In Deutschland reicht es aus, wenn die Konzerne die Summe in ihrer Bilanz ausweisen. Ansonsten können sie das Geld dazu verwenden, alle möglichen anderen Investitionen zu finanzieren. Den wirtschaftlichen Vorteil, die die Atomkonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW zusam-



mengerechnet aus diesen beiden Regelungen ziehen (also: Aufschiebung der Steuerschuld und Nutzung der Rückstellungen für andere Investitionen) beziffert eine Greenpeace-Studie auf mehr als eine Milliarde Euro – jährlich!

Die Rückstellungen der Atomkraftbetreiber für den Rückbau sowie für die „Entsorgung“ der Brennelemente liegen bei rund 28 Milliarden Euro. Das ist viel zu wenig. Allein die Rückbaukosten der kommerziellen westdeutschen Atomkraftwerke werden

mittlerweile auf 40 bis 50 Milliarden Euro geschätzt, Tendenz steigend. Eine kürzlich veröffentlichte Studie im Auftrag der Atomindustrie nannte elf Milliarden Euro – sie sorgte trotz des viel zu niedrig kalkulierten Betrags für einiges Entsetzen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die geschätzte Rückbauzeit wie auch die Kostenplanung drastisch überschritten werden. Die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe wird seit nunmehr 18 Jahren zersägt, das AKW Gundremmingen A seit 1983 (!). Seit 16 Jahren demontiert man das ehemalige DDR-Kraftwerk Greifswald/Lubmin, ein Ende ist dort noch lange nicht absehbar.

Hinzu kommen die Kosten für die Endlagerung selbst. Das Öko-Institut schätzt, dass es 20 Milliarden Euro kostet, den hoch-, mittel- und schwach-radioaktiven Abfall unter Tage einzulagern. Angesichts der völlig ungeklärten Endlager-Suche dürfte dies eine optimistische Schätzung sein. Nicht absehbar ist ohnehin, was die gesetzlich geforderte 500-jährige Beobachtung der unterirdischen Lagerstätte kosten wird.

■ Bezahlen wird die Öffentlichkeit

So werden die Kosten weiter explodieren. Ob die Atomkonzerne das alles bezahlen wollen, ist höchst fraglich. Ihre Vorsorge umfasst lediglich die Hälfte der mittlerweile geschätzten Kosten. Den Rest werden sie versuchen, auf den Steuerzahler abzuwälzen. Zudem ist ihr Beitrag keineswegs sicher: Die Rückstellungen stehen nur auf dem Papier, real sind sie längst für andere Projekte ausgegeben. Wer weiß, welche Argumente RWE & Co. im Zweifelsfall anführen, um ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären und stattdessen – nach dem Vorbild der Banken in der Euro-Krise – für die Müllentsorgung Steuergelder zu kassieren. Und sollte ein Konzern tatsächlich pleitegehen, sind die Rückstellungen sowieso futsch. Dann zahlt der Steuerzahler alles.

Atommüll im Meer

Feste radioaktive Abfälle durften bis 1994 legal im Meer verklappt werden. Sämtliche Atommüll produzierenden Länder versenkten bis dahin mehr als 100.000 Tonnen in den Ozeanen. Großbritannien hat mit 80 Prozent den größten Anteil beigesteuert, gefolgt von der Schweiz, die bis 1982 schwach- und mittelaktive Abfälle in den Nordatlantik kippte. Die USA räumten ein, bis 1970 über 90.000 Container mit radioaktivem Abfall vor ihren Küsten versenkt zu haben.

1967 wurden rund 180 Tonnen schwach radioaktiver Atommüll aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe 400 Kilometer von der portugiesischen Küste entfernt verklappt. Bei der Aktion sind gleichzeitig mehrere hundert Tonnen niederländischer, belgischer und französischer Atommüll versenkt worden. Es gibt Hinweise, dass auch Uranmüll aus den Atomversuchen der Nazis ins Meer gekippt wurde.

Die direkte Einleitung von radioaktiven Abwässern ins Meer ist nach wie vor legal und wird auch noch praktiziert: Die Wiederaufbereitungsanlage La Hague spült über ein viereinhalb Kilometer langes Rohr täglich 400 Kubikmeter radioaktives Abwasser in den Ärmelkanal. In Sellafield werden strahlende Abwässer in die Irische See geleitet.

Anfang November 2011 wurde im ARD-Magazin Report berichtet, dass im Nordost-Atlantik erhöhte Werte von Plutonium 238 gemessen worden seien. Dies deutet auf ein Auslaufen von dort abgelagerten Atommüll-Fässern hin.

Atommüll-Export nach Russland

Deutschland, Frankreich und die Niederlande schicken in Sonderzügen und auf Schiffen abgereichertes Uranhexafluorid – das ist Atommüll aus der Urananreicherung, etwa aus der Anlage in Gronau – nach Russland. Ein kleiner Teil davon wird in Russland wieder angereichert und zurückgeschickt. Fast 90 Prozent bleiben jedoch in Russland. Nach den Recherchen von Greenpeace und arte TV wird dieser Müll in Stahlbehältern unter freiem Himmel gelagert, rostet dort vor sich hin und gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung. Russland verdient gut an diesen Importen, und Westeuropa kann den lästigen Müll außer Landes schaffen. Mehr Information:

http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/atommuell_in_russland_qdiese_behaelter_rosten_vor_sich_hin/

Für die Öffentlichkeit wird die Angelegenheit ohnehin noch sehr viel teurer, denn bisher ging es nur um die Kosten, die aus der Stilllegung kommerzieller Atomkraftwerke resultieren. Noch nicht eingerechnet sind einige Maßnahmen, für die fast ausschließlich der Steuerzahler aufkommt:

- ▶ die Kosten für den Rückbau der DDR-AKW (mindestens 11 Milliarden Euro)
- ▶ die Abrisskosten für diverse Forschungsreaktoren wie das Kernforschungszentrum Karlsruhe (dafür allein 2,6 Milliarden Euro)
- ▶ die Kosten für die Rückholung radioaktiven Materials aus dem maroden Lager Asse II (4 Milliarden Euro) sowie für die Sanierung des Ex-DDR-Endlagers Morsleben (2 Milliarden Euro) und so weiter und so fort ...

Fachleute rechnen damit, dass eine halbwegs geordnete Einlagerung des atomaren Mülls am Ende über 100 Milliarden Euro kosten wird. Wobei unter „halbwegs geordnet“ keineswegs „sicher“ verstanden werden darf. Im Atommülllager Morsleben beispielsweise weiß man bis heute nicht, wie verhindert werden kann, dass das radioaktive Gift mittelfristig ins Grundwasser gelangt. Und was in den weiteren zigtausend Jahren passiert, in denen das Zeug vor sich hin strahlt, steht in den Sternen. Die Kosten dafür erst recht. Wenn sich, sagen wir mal im Jahr 3245 (also noch in einem recht frühen Stadium der Endlagerung) erweisen sollte, dass die Abschirmung des radioaktiven Materials doch porös wird, dann gibt es mit Sicherheit kein RWE und kein E.ON mehr, die dafür bezahlen.

■ Sackgasse Gorleben

Im Februar 1977 benannte Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben zum Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ mit Wiederaufbereitungsanlage (WAA), End- und Zwischenlager sowie weiteren Atomanlagen. Eine WAA ließ sich bekanntlich nicht durchsetzen. Gorleben blieb aber Atomstandort. Im Gorlebener Wald stehen zwei atomare Zwischenlager – die Castorhalle und ein Lager für schwach und mittelradioaktiven Müll – sowie die Pilotkonditionierungsanlage (PKA). Ihr ursprünglicher Zweck war (und ist) die Vorbereitung des



hochaktiven Atommülls für die Endlagerung. Offiziell dient sie der Reparatur defekter Castorbehälter. Für eine weitere Anlage zur Konditionierung des schwach- und mittlerradioaktiven Mülls für die spätere Endlagerung wurde kürzlich die Genehmigung erteilt.

Wenige hundert Meter von diesem Atomkomplex entfernt liegt das Endlagerbergwerk. Der untertägige Salzstock wird seit Ende der 1970er Jahre auf seine Eignung als Endlager für den hochradioaktiven Atommüll untersucht. Nach zehnjährigem Moratorium, das die damalige rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 im Zuge des sogenannten „Energiekonsenses“ verfügte, wurden die Arbeiten im vergangenen Herbst wieder aufgenommen. Die Untersuchung erfolgt weiterhin nach dem Bergrecht, das im Gegensatz zum Atomrecht eine Öffentlichkeitsbeteiligung weitgehend ausschließt.

Zu Beginn der Standortsuche in norddeutschen Salzstöcken gehörte der Salzstock Gorleben-Rambow in die schlechteste Kategorie. Dies hat Prof. Gerd Lüttig, als ehemaliger Leiter des Landesamtes für Bodenkunde führender beamteter Geologe in Niedersachsen, in mehreren Fernseh- und Zeitungsinterviews unterstrichen. Seinen Protest bei Ministerpräsident Albrecht hat dieser mit den Worten abgewehrt: „Ihr Geologen kommt später zu eurem Recht“.

Der Salzstock Gorleben-Rambow hat kein schützendes Deckgebirge, und seine höchste Erhebung, der „Steile Zahn“, ragt bis 133 m unter die Erdoberfläche. Bei den Auswahlkriterien wurde die ursprünglich geforderte Mächtigkeit des Deckgebirges von 300 m, über 250 m auf schließlich 200 m reduziert. Viele andere Salzstöcke in Norddeutschland waren wegen ihrer geringen „Teufe“ schon von vorneherein als mögliche Standorte ausgeschlossen. Gorleben jedoch bis heute nicht.

Die angebliche „Unverritztheit“ und Jungfräulichkeit des Gorleben-Rambower Salzstocks wird bis heute von führenden Salzgeologen wie Prof. Klaus Kühn behauptet, obwohl durch Historiker längst nachgewiesen wurde, dass es zu Anfang des 20. Jahrhunderts auch im zentralen Bereich des Salzstocks Öl- und Kali-Erkundungsbohrungen gab, die nicht wieder ordnungsgemäß verfüllt wurden und damit eine zusätzliche wasserführende Verbindung zur Biosphäre herstellen können.

Die im östlichen Bereich des Salzstockes vorgenommenen Gasbohrungen und eine Gasbohrturmexplosion am 25. Juli 1969 bei Lenzen waren bereits vor der Standortbenennung von Gorleben der niedersächsischen Landesregierung und den Fachbehörden bekannt. Die Erkenntnis, dass auch unter dem Gorlebener Teil des Salzstockes Gasvorkommen erwartet werden, führte nicht dazu, den Salzstock Gorleben endgültig für untauglich zu erklären.

■ Seltsame Verflechtungen

Die Bundesregierung will sich mit einer abschließenden Bewertung bis Ende 2012 Zeit lassen. Dann sollen die Ergebnisse der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ vorliegen. Damit hat das Bundesumweltministerium die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) beauftragt – Mehrheitsgesellschafter der Forschungsorganisation sind der Bund und die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen. Das Auftragsvolumen liegt bei knapp neun Millionen Euro.

Die GRS hat ihrerseits eine ganze Reihe von Unteraufträgen vergeben – und zwar in großem Maße an Wissenschaftler und Firmen, die zur Atomindustrie gehören oder von ihr finanziert werden. An der Technischen Universität (TU) Clausthal ist etwa der Leiter des Instituts für Endlagerforschung, Klaus-Jürgen Röhlig, an der Gorleben-Analyse beteiligt. Röhlig hat dort eine von der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) finanzierte Stiftungsprofessur inne.

Die GNS ist eine gemeinsame Tochter der AKW-Konzerne und Betreiber u. a. der Gorlebener Zwischenlager. Die DBE Technology, die ebenfalls an der Sicherheitsanalyse mitarbeitet und dabei Aufträge über insgesamt fast zwei Millionen Euro an Land zog, gehört zum großen Teil ebenfalls den vier Atom-Konzernen. RWE, e.on & Co. haben bislang fast 1,5 Milliarden in die

Gefährliche Strahlung



Beim Betrieb von Atomkraftwerken wird das Uran in den Brennstäben ständig mit Neutronen beschossen. Dadurch zerbrechen diese Kerne und setzen Energie frei. Es entstehen über 130 verschiedene radioaktive Stoffe (Radionuklide), die Radioaktivität in Form von Alpha-, Beta- und Gammastrahlen sowie in Form von Neutronenstrahlung freisetzen.

Alle diese Strahlen schädigen die Zellen von biologischen Organismen. Dies ist besonders schlimm, wenn radioaktive Partikel in den Körper von Menschen oder Tieren gelangen und die Körperzellen dann dem radioaktiven Beschuss direkt ausgeliefert sind – in diesem Fall entstehen verschiedene Krebsarten (z. B. Leukämie, Knochen- und Schilddrüsenkrebs) und die Erbanlagen können geschädigt werden. Daher müssen radioaktive Stoffe bis sie fast vollständig zerfallen sind, sicher von lebenden Organismen (der Biosphäre) ferngehalten werden.

Während sich Alpha- und Betastrahlen schon durch dünne Behälter abschirmen lassen, sollen dickwandige Stahlbehälter wie z. B. die Castorbehälter für die Abschirmung von Gamma- und Neutronenstrahlen sorgen. Trotzdem dringen diese Strahlen auch durch die viele Tonnen schweren Castoren. Die Menschen in der Umgebung eines Castorbehälters sind einer erhöhten Strahlung und einem entsprechenden Gesundheitsrisiko ausgesetzt.

Die radioaktiven Stoffe sind instabil und geben bei ihrem Zerfall die radioaktive Strahlung ab. Dabei entstehen neue Folgeprodukte, die dann entweder stabil oder ebenfalls wieder radioaktiv sind. Jedes Radionuklid hat eine eigene Halbwertszeit – dies ist die Zeit, nach der die Menge des radioaktiven Stoffes sich halbiert hat. Nach 10 Halbwertszeiten ist dann nur noch ein Tausendstel der ursprünglichen Strahlung vorhanden. Besonders langlebig sind die verschiedenen Arten von Plutonium, z. B. Plutonium-239, mit einer Halbwertszeit von 24.000 Jahren. Wenn Plutonium in den menschlichen Körper gelangt, reichen bereits die Strahlen von wenigen Millionstel Gramm Plutonium, um Krebs auszulösen.

Neben Plutonium sorgt auch Americium dafür, dass Atommüll, wenn er einmal erzeugt ist, über Jahrtausende ein Problem bleibt. Besonders tückisch ist, dass der Betastrahler Plutonium-241 bei seinem Zerfall einen weiteren radioaktiven Stoff bildet, den Gammastrahler Americium-241. Dadurch nimmt die Gammastrahlung in den ersten 70 Jahren der „Entsorgung“ deutlich zu (und damit auch die notwendige Dicke der Abschirmung) und verringert sich erst danach langsam. Dieser Zusammenhang wurde bisher in der Atommüll-Diskussion weitgehend ignoriert. Er wird aber dazu beitragen, das ohnehin bestehende Problem erhöhter Gammastrahlungen am Zwischenlager Gorleben noch zu verschärfen.

Untersuchung des Gorlebener Salzstocks investiert. Ihr Interesse an einer Nicht-Eignung Gorleben ist bekanntermaßen gering.

Ein weiterer Auftragnehmer ist Bruno Thomauske, eine der umstrittensten Figuren in der deutschen Atompolitik. Der Endlagerspezialist war früher beim Bundesamt für Strahlenschutz tätig und leitete dann vier Jahre die deutsche AKW-Sparte von Vattenfall. Nach den schweren Unfällen in den Vattenfall-Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel wurde Thomauske entlassen. Später übernahm er in Aachen einen vom Energieversorger RWE geförderten Lehrstuhl für nuklearen Brennstoffkreislauf.

Thomauske wurde nicht als Einzelperson kontraktiert. Offiziell ging der Auftrag im Umfang von mehr als 800.000 Euro an eine Aachener Firma namens „international nuclear safety GmbH“ (inse). Alleiniger Gesellschafter des Unternehmens ist – Thomauske. In den vergangenen 20 Jahren legte sich der gelernte Physiker immer wieder für ein Endlager Gorleben ins Zeug. Schon 1994 vertrat er die Auffassung, dass zur Eignungsbewertung keine weiteren Erkundungsarbeiten mehr notwendig seien, sondern nur noch zur Ermittlung der Einlagerungskapazitäten. Trotz der offensichtlichen Nichteignung des Salzstocks scheint die Bundesregierung fest entschlossen, Gorleben zum Endlager für hochradioaktive Abfälle zu machen.

■ Was tun?

Wir haben für die „Entsorgungs“-Probleme keine Lösung – eine sichere Endlagerung gibt es eben nicht.

Mehrere Politikergenerationen und eine mächtige Industrielobby haben die Atomkraft eingeführt und dafür gesorgt, dass ihre Aktionäre gut daran verdient haben. Damit haben sie den Menschen heute und für die ferne Zukunft ein riesiges Problem aufgebürdet. Das Müllproblem war von Anfang an bekannt und wurde bewusst ausgeblendet – jede einigermaßen sichere Endlagerung wäre sowieso viel zu teuer gewesen und hätte den Traum von der billigen Atomkraft zerstört. Diese Politiker und Geschäftemacher tragen die Verantwortung für den sicheren Einschluss der strahlenden Hinterlassenschaft.

Die schlimmsten Auswüchse konnten von der Anti-AKW-Bewegung bisher verhindert werden. Sie hat die geplanten Wiederaufarbeitungsanlagen in Wackersdorf bzw. Gorleben gestoppt, die das Müllproblem vervielfacht hätten, und sie hat dafür gesorgt, dass keine neuen AKWs in Planung gegangen sind. Jetzt sind die diejenigen gefragt, die die Verantwortung für den Atommüll tragen; sie müssen sich endlich einer öffentlichen Diskussion stellen, was mit dem Atommüll geschehen soll. Wir werden diese Diskussion kritisch begleiten. Bisher waren nicht Sicherheit, Standfestigkeit und die Gesundheit folgender Generationen die wichtigsten Kriterien für die Auswahl eines Endlagers, sondern politische Opportunität und niedrige Kosten. So kam es zu den Billiglösungen und sicherheitstechnischen Sackgassen Asse II, in Schacht Konrad und Gorleben.

Mit dieser Verantwortungslosigkeit muss endlich Schluss sein. Wir fordern:

- ▶ dass die weitere Erkundung des Salzstockes Gorleben sofort eingestellt wird
- ▶ dass transparent und mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung alternative Standorte in Deutschland geprüft und Exporte von Atommüll ins Ausland ausgeschlossen werden
- ▶ dass ebenfalls geprüft wird, welche Vorteile und Risiken eine rückholbare Einlagerung des Atommülls bietet
- ▶ dass diese Gutachten von überwiegend atomkritischen Fachleuten erstellt und von den AKW-Betreibern finanziert werden
- ▶ dass die Rückstellungen der AKW-Betreiber für Rückbau der Kraftwerke und Einlagerung des Atomschrotts erheblich erhöht werden
- ▶ dass diese Rückstellungen in einen öffentlich verwalteten Fonds überführt werden, der die Gelder ausschließlich für Rückbau und Einlagerung verwendet.

Grundlage der politischen Diskussion muss sein:

- ▶ dass die nach dem heutigen Wissensstand sicherste Endlagertechnik Verwendung findet
- ▶ dass die AKW-Betreiber dafür zahlen und haften
- ▶ dass die weitere Produktion von Atommüll sofort beendet wird und die Castortransporte nach Gorleben eingestellt werden.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie Anti-Atom-Initiative Göttingen

Täuschen, Tarnen, Tricksen in Gorleben



Ende August wurde bekannt, dass der genehmigte Grenzwert für radioaktive Strahlung am Zwischenlager für hochradioaktiven Atommüll in Gorleben überschritten wird. Seitdem versucht die niedersächsische Landesregierung, die Öffentlichkeit zu täuschen.

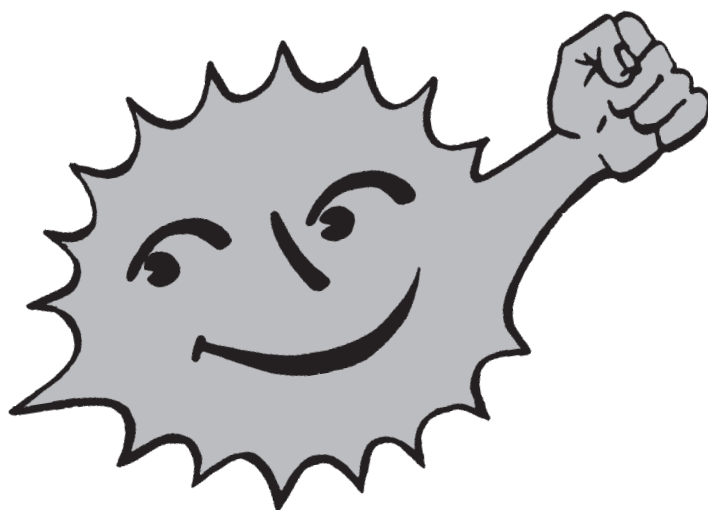
Die Messung durch eine Landesbehörde erfolgt Ende Juni. Das Umweltministerium schweigt, bis Journalisten die Ergebnisse öffentlich machen. Am 26. August schlägt eine Ministeriumssprecherin eine Abwehrmaßnahme vor: Sie könnte „darin bestehen, die Castorbehälter innerhalb des Lagers umzustellen. So würde der Abstand zum Zaun des Betriebsgeländes erhöht.“

Am 30. August veröffentlicht das Ministerium eine Pressemitteilung. Darin heißt es: „Ergänzend hat der Betreiber (des Zwischenlagers) darauf hingewiesen, dass er im Juli 2011 bereits eine Umlagerung von Behältern vorgenommen hat.“

Die Maßnahme, die als Möglichkeit für die Zukunft erwähnt wurde, ist also bereits erfolgt. Wieder ohne Information der Bevölkerung und des Landtages.

Dabei ist die Rechtslage ist zwingend: Die vom Betreiber beantragte maximale Dosis am Zaun des Betriebsgeländes beträgt 0,30 Millisievert (mSv) pro Jahr. Sobald dort eine Dosis von umgerechnet 0,27 mSv pro Jahr gemessen wird, ist der Einlagerungsbetrieb zu unterbrechen. Obwohl die Überschreitung dieses Eingriffsrichtwertes seit Juni bekannt ist, wird die Verladung der Castoren in La Hague nicht unterbrochen. Das ist Rechtsbruch.

Ende September beauftragt das Umweltministerium in Hannover eine Bundesbehörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), sowie den TÜV mit Messungen am Zwischenlager. Und siehe da: die Grenzwerte werden eingehalten. Der Trick: PTB und TÜV haben einfach eine höhere natürliche Strahlung angenommen und von den gemessenen Werten abgezogen. Der Castortransport kann rollen.



Jetzt schlägt's 13 – den Castortransport stoppen!

Der 13. Castortransport soll am 1. Adventswoche rollen. Mit einer großen Demonstration in Dannenberg am 26. November, mit Blockaden und vielen weiteren Aktionen werden tausende AKW-Gegner/innen versuchen, die Fuhrte aufzuhalten. Wir rufen ebenfalls zur Beteiligung an den Protesten auf.
Aktuelle Infos: www.gorleben-castor.de